Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrag-gebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonst. Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennige, die 4gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 RMk. Nachmessungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übern. wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anz.-nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 273 — 90. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Dienstag, den 24. November 1931

Das neue Notprogramm?

Tat nach Rat!

Der Wirtschaftsbeirat hat seine Beratungen beendet und damit die ihm gestellten Aufgaben erfüllt. Denn um „mitzuraten", nicht um „mitzutaten", war er einberufen worden. Das Resultat dürfte aber selbst unter dieser Beschränkung die Öffentlichkeit enttäuschen, denn viel Neues ist dabei nicht herausgekommen. In sicherlich sehr eingehenden Besprechungen sind die schwierigen und brennenden Probleme der Not der Zeit von allen Seiten beleuchtet worden, aber die widerstreitenden Interessen sind leider doch nicht ausgeglichen worden, und konnten es auch wohl nicht, denn zu solchem Ausgleich kann ja nie eine Versammlung von Vertretern einzelner Wirtschaftszweige berufen sein, sondern dazu ist die Regierung da. Diese wird jetzt zeigen müssen, daß sie imstande ist, diese schwere Aufgabe zu erfüllen. Den Rahmen mit allerdings sehr verschwommenen Umrissen von Einerseits-Andererseits muß sie jetzt ausfüllen, und zwar schnell, wenn nicht alle Hilfe zu spät kommen soll. Beratungen und Erwägungen haben wir jetzt genug gehabt, was jetzt fehlt ist die Tat, ist der einheitliche feste Wille, der das, was er als wichtig erkannt hat, durchsetzt.

Viel Wissenswertes wird sicherlich die Reichsregierung durch den Wirtschaftsbeirat erfahren haben, außerdem, worin die Wirtschaft mit ihr übereinstimmt, auch das, worin sich die Wege trennen. Nachdem die Vertreter der Landwirtschaft sich aus dem Beirat zurückgezogen hatten, weil sie glaubten, daß ihre Interessen nicht genügend gewahrt würden, gab, wie das Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei meldet, Peter Graßmann im Namen der Vertreter sämtlicher gewerkschaftlicher Spitzenorganisationen, d. h. des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Afabundes, des Christlichen Gesamtverbandes und der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften eine scharf formulierte Erklärung ab. Die Erklärung betont, die Gewerkschaften könnten den Schlußfolgerungen des Reichskanzlers nicht zustimmen. Wie die Dinge heute liegen, müßten die Gewerkschaften befürchten, daß die Senkung der Gestehungskosten einseitig zu Lasten der Löhne und Gehälter erfolgt. Die Gewerkschaftsvertreter verlangen deshalb von der Reichsregierung, daß sie an der ursprünglichen Zielsetzung des Wirtschaftsprogrammes festhält und unter keinen Umständen Maßnahmen trifft, die die Kaufkraft der breiten Massen noch weiter schwächen würden.

Nach dieser Erklärung der Gewerkschaften, so schließt das sozialdemokratische Blatt seine Ausführungen, ergibt sich ein starker Gegensatz nicht nur zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sondern auch zwischen den Gewerkschaften sämtlicher Richtungen und der Regierung Brüning.

•

Die Forderungen des Wirtschaftsbeirates.

Hindenburgs Wünsche auf beschleunigte Erledigung.

Unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten fand die Schlußsitzung des Wirtschaftsbeirats der Reichsregierung statt. Reichskanzler Dr. Brüning faßte zunächst das Ergebnis der in den Ausschüssen des Wirtschaftsbeirats getätigten Arbeiten nach dem amtlichen Bericht folgendermaßen zusammen:

Die Aufgabe.

Der Wirtschaftsbeirat schloß sich der Auffassung der Reichsregierung an, daß der Sinn der in Aussicht zu nehmenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen der sein müsse, zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit und der anderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten

die Aufwendungen der gesamten Wirtschaft

in weitem Maße an die teils durch Währungsveränderungen, teils durch andere Gründe bedingten Preisentwicklungen auf dem Weltmarkt und an die Vermögens- und Einkommenslage in Deutschland anzupassen, unter Abstimmung der einzelnen Aufwendungen und Werte aufeinander. Der Wirtschaftsbeirat stellte sich hierbei auf den Boden der Reichsregierung, daß jegliche

Maßnahmen inflationistischen Charakters entschieden abzulehnen

und daß diese Aufgaben durch einen umfassenden Plan in sich geschlossener und voneinander bedingender Maßnahmen zu lösen seien, wobei diese Maßnahmen wegen ihrer Abhängigkeit voneinander, soweit irgend möglich, nicht nur alsbald, sondern auch gleichzeitig getroffen werden müßten. Für den Erfolg dieser Maßnahmen wäre die baldige Beendigung der internationalen Deflation von wesentlicher Bedeutung.

Notwendige Voraussetzungen.

Der Wirtschaftsbeirat hat auf Wunsch der Reichsregierung Fragen der öffentlichen Etatwirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden im einzelnen nicht erörtert, ist aber mit Reichsregierung und Reichsbank der Auffassung, daß erste Voraussetzung einer Wiedergesundung der deutschen Wirtschaft der Ausgleich der Haushalte im Reich, bei der Reichsbahn, in Ländern und Gemeinden ist, da auch

eine gesunde Privatwirtschaft erst auf dem Boden einer gesunden Staatswirtschaft erwachsen könne.

Hierbei herrschte Übereinstimmung darüber, daß auf die Dauer die deutsche Wirtschaft nicht in der Lage sei, öffentliche Lasten in der jetzigen Höhe zu tragen.

Ferner sei es zur Wiedererweckung und Festigung des Vertrauens in die deutsche Wirtschaft im In- und Ausland notwendig, daß außer der dringend gebotenen

Klärung der Reparationsfragen

rechtzeitig vor Ablauf des Stillhalteabkommens eine Neuregelung über die in Deutschland investierten ausländischen Kredite hinsichtlich Verzinsung, Amortisation und Sicherstellung geschaffen werde.

Übereinstimmung zwischen Reichsregierung und Wirtschaftsbeirat bestand darüber, daß eine weitere notwendige Voraussetzung umfassender wirtschaftlicher Maßnahmen eine baldige und klare Regelung des Verhältnisses zwischen

der öffentlichen Hand und dem privaten Bankensystem

sei.

Preisbildung.

Im Rahmen der Aufgaben des Wirtschaftsprogramms liegt nach Auffassung des Wirtschaftsbeirats in erster Linie eine Einwirkung auf Preise und Löhne. Unter Lockerung der Bindungen, die auf beiden Gebieten bestehen, werden sie in Übereinstimmung miteinander gleichzeitig herabgesetzt werden müssen, um eine unerträgliche Schrumpfung der Kaufkraft zu vermeiden. Insbesondere sind

die gebundenen Preise

einem neuen Preisniveau anzupassen. Eine systematische Aufhebung sämtlicher Preisbindungen wird jedoch zu Erreichung dieses Zieles nicht empfohlen; auch sind die erforderlichen Preissenkungen tunlichst nicht durch eine prozentuale gleichmäßige Verminderung der gegenwärtigen Preise und Preisspannen herbeizuführen.

Dagegen sind Richtlinien aufzustellen, nach denen eine dem neuen Wertniveau entsprechende Preislage bei allen gebundenen Preisen herbeigeführt wird, die bisher auf einem zu hohen Stande beharren. Sofern eine freiwillige Anpassung der Preise an diese Richtlinien nicht eintritt, erscheint eine sofortige Aufhebung der Bindungen erforderlich.

Bei der Erörterung der Preise stellte der Wirtschaftsbeirat fest, daß

die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Güter

in weitem Ausmaße unter dem allgemeinen Preisniveau liegen. Der Wirtschaftsbeirat hält daher einen Ausgleich und eine Verringerung der in vielen Gegenden noch besonders hohen Preisspannen für geboten. Hierbei wäre die Einsetzung von Ausschüssen erwägenswert, die an Hand der Welt- und Großhandelspreise

die angemessenen Kleinhandels- und Vergleichspreise

mit anderen Bezirken veröffentlichen. Ebenso erscheint dem Beirat die Anregung beachtlich, daß durch Aushänge in den Läden und andere Vorkehrungen die Preise, insbesondere der Lebensmittel öffentlich bekanntgegeben werden.

Im Rahmen eines ausreichenden Gesamtprogramms erscheint eine entsprechende Senkung von Löhnen und Gehältern unvermeidlich. Dabei muß der Grundsatz des Tarifvertrages erhalten bleiben.

Auch könnte er ohne die gesetzliche Unabdingbarkeit seine wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben nicht erfüllen. Auch auf dem Gebiete des Schlichtungswesens erscheinen gesetzliche Änderungen zurzeit nicht erforderlich, dagegen ist eine veränderte Handhabung notwendig. Der Inhalt der Tarifverträge muß sich mehr als bisher der wirtschaftlichen Entwicklung anpassen. Bei dieser Auflockerung der Tarifverträge sind örtliche Verschiedenheiten, zeitliche Änderungen, branchemäßige und betriebliche Unterschiede, die Leistungsunterschiede der einzelnen Arbeitnehmerkategorien insbesondere zu berücksichtigen.

Kredit und Zins.

Der Wirtschaftsbeirat bekräftigt die Auffassung der Reichsregierung und der Reichsbank, daß alle Maßnahmen abzulehnen sind, die zu einer Inflation führen könnten. Er ist demzufolge der Auffassung, daß alle notwendigen Kreditmaßnahmen im Rahmen der Organisationen der Reichsbank durchgeführt werden müssen.

Hinsichtlich der Zinsen ist der Wirtschaftsbeirat übereinstimmend der Auffassung, daß eine Senkung des Zinsniveaus für die gesamte deutsche Wirtschaft vom Geldmarkte aus als unbedingt notwendig anzustreben ist.

Einmütig wünschte der Beirat eine Einflußnahme der Reichsregierung auf die großen Träger des langfristigen Kredits, damit diese unter Rücksichtnahme auf die bei Durchführung des Wirtschaftsplanes zu schaffende neue Lage auch ihrerseits bei Verlängerung der Hypotheken den Zinsfuß ermäßigen, und daß sie dabei von Erhebung besonderer Gebühren absehen.

Öffentliche Tarife.

Zur Herabsetzung der allgemeinen Lebenshaltungskosten, die bei Senkung von Löhnen und Gehältern zu einer unbedingten Notwendigkeit wird, ist vor allem eine Senkung der Tarife der öffentlichen Unternehmungen erforderlich.

Wenn auch eine Senkung der Personentarife und eine allgemeine Senkung der Frachten nicht möglich erscheint, so ist die von der Reichsbahn in Aussicht gestellte Senkung der Reichsbahntarife für einzelne für die Volkswirtschaft besonders wichtige Güter von größter Bedeutung, ebenso wie die Zusicherung der Reichsbahn, für besonders notleidende Bezirke und Wirtschaftszweige unter Ausschluß von Berufungen Sondertarife einzuführen.

Der Wirtschaftsbeirat hat davon zustimmend Kenntnis genommen, daß die Reichsregierung es als ihre unabweisliche Aufgabe ansieht, durch nachdrückliche Einwirkungen auf die zuständigen Landes- und Kommunalbehörden auf eine fühlbare Herabsetzung aller übrigen öffentlichen Tarife, vor allem bei Straßenbahn, Gas und elektrischem Strom hinzuwirken.

Wohnungswirtschaft.

Der Wirtschaftsbeirat hält eine Herabsetzung der Mieten durch Anpassung an die verminderten Einkommen für unbedingt geboten.

Auch durch Änderung der Bestimmungen über die Wohnungszwangswirtschaft kann den Plänen der Reichsregierung entsprechend diese Bewegung wirksam unterstützt werden. Diese Pläne gehen dahin, den

Abbau der Wohnungszwangswirtschaft

enger als bisher an die wirkliche Lage auf dem Wohnungsmarkt anzuschließen. Voraussetzung dafür ist aber die Sicherstellung eines sozialen Mietrechts.

Ebenso tritt der Beirat den Plänen der Reichsregierung hinsichtlich

des Hauszinssteuerproblems

bei. Hiernach muß dieses sofort und endgültig geregelt werden, wobei allerdings eine sofortige völlige Aufhebung nicht möglich erscheint. Jedoch ist ein gestaffelter Abbau wünschenswert mit der Maßgabe, daß die Ablösung mit sofortiger Wirkung möglich ist. Ferner erscheint eine Arbeitsbeschaffung aus Mitteln der Hauszinssteuer zwecks erleichterter Vornahme von Reparaturen für möglich und geboten; hierbei erscheint eine Nachprüfung der vollzogenen Reparaturen, gegebenenfalls durch die zuständige Handwerkskammer, zweckmäßig.

Bankenorganisation.

Die in den Jahren nach dem Kriege, insbesondere in der Inflationszeit eingetretene Entwicklung des deutschen Bankwesens hat in Verbindung mit der allgemeinen Lage am Geld- und Kapitalmarkt

zu bedenklichen Erscheinungen geführt,

denen die Regierung ihre besondere Aufmerksamkeit zuwenden muß.

Hierbei ist insbesondere auf Stärkung der örtlichen Krediteinrichtungen im Interesse einer ausreichenden Versorgung der mittleren und kleinen Unternehmungen Bedacht zu nehmen.

Landwirtschaft.

Bei den Erörterungen über die Lage der landwirtschaftlichen Betriebe, die bereits in Ziffer 3 berührt worden ist, nimmt der Beirat von dem Grundgedanken der Sicherung der Ernte im Osthilfegebiet Kenntnis. Da tatsächlich schon im Interesse der Volksernährung

die ordnungsmäßige Fortführung der Betriebe

mit allen verfügbaren Mitteln sichergestellt werden muß, hielt der Ausschuß eine Prüfung für geboten, inwieweit diesem Erfordernis auch überall in Deutschland Rechnung zu tragen ist, ohne aber die Kreditlage der Landwirtschaft zu verschlechtern und die Kreditgeber zu gefährden.

•

Nach Darlegung dieser allgemeinen Leitsätze legte Reichskanzler Dr. Brüning in der Schlußsitzung Wert auf die Feststellung:

Es müsse Gemeingut des gesamten Volkes werden, daß nur der Weg der Herabsetzung aller Aufwendungen den Boden für den Aufstieg auf gesunder und solider Grundlage bereiten kann.

Der Reichspräsident

schloß darauf die Tagung des Wirtschaftsbeirats mit einem Dank an die Mitglieder und führte u. a. folgendes aus:

SLUB Wir führen Wissen.
Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF